

Was für ein Anschlag?

Verpackungssteuer: Zum Brief von OB Boris Palmer an die Umweltministerin (wir berichteten) und zu den Leserbriefen der Stadträte Ernst Gumrich und Dietmar

Schöning (beide 15. Juni).

Annette Schmidt, Tübingen

Nun überziehen die Gemeinderäte Gumrich und Schöning aber mit ihrer Kritik am OB und wollen damit vom eigentlichen Problem ablenken, weil sie gegen die Verpackungssteuer sind. Sie bezichtigen den OB einer antidemokratischen Motivation, vergleichen ihn mit Regierenden weltweit, die die Gewaltenteilung außer Kraft setzen.

Was ist geschehen? Um was für einen „Anschlag“ handelt es sich?

Der OB hat einen Brief an die Umweltministerin geschrieben mit der Bitte, die Rolle der Kommunen bei der Müllentsorgung zu klären. Bisher steht Aussage gegen Aussage. Der VGH ist der Meinung, dass es den Kommunen verboten ist, eigene Maßnahmen zur Abfallvermeidung in Form einer Steuer zu ergreifen, obwohl es im Grundgesetz heißt: Die Gemeinden haben das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Der OB bittet die Ministerin um eine politisch-rechtliche Klarstellung. Es ist die ureigenste Aufgabe des Bundes, den gesetzlichen Rahmen für das Handeln der Kommunen zu bestimmen und die notwendigen Gesetze auf den Weg zu bringen, die von der Ministerin vorbereitet werden müssen.

Ein solches Engagement für die Kommune erwarten wir von einem OB.